

Protest gegen Hähnchenmastanlagen

Bürger demonstrieren vor dem Regionshaus und übergeben 10 000 Unterschriften

VON MATHIAS KLEIN

Rund 100 Bürger haben vor der gestrigen Sitzung der Regionsversammlung gegen den Bau von Hähnchenmastställen in der Region Hannover demonstriert. Anschließend übergaben die Demonstranten 10 000 Unterschriften an den Vorsitzenden der Regionsversammlung, Udo Mientus. Die Unterzeichner wenden sich damit gegen die Errichtung riesiger Hähnchenmastanlagen, wie sie von Landwirten derzeit in Barsinghausen-Groß Munzel, Seelze-Dedensen, Springe-Boitzum und in Pattensen geplant werden. Die Demonstranten hielten Transparente und Schilder, auf denen Sprüche wie „Massentierhaltung schadet unserer Gesundheit“ oder „Billig-Gier schadet Mensch und Umwelt“ zu lesen waren.

Regionspräsident Hauke Jagau sprach den Demonstranten Mut zu. „Ihr Protest



Hauke Jagau spricht zu den Tierschützern, die vor dem Regionshaus demonstrieren. Burkert

ist sehr sinnvoll“, sagte er. Allerdings müsse die Region die vorhandenen Gesetze anwenden. Beispielsweise könnte das Thema Tierschutz bei den Genehmigungen für die Ställe von der Region

nicht berücksichtigt werden. „Wenn Sie alle Auflagen erfüllen, haben Sie Anspruch auf eine Baugenehmigung“, sagte Jagau.

Auch in der Bürgerfragestunde der gestrigen Regionsversammlung wurde das Thema diskutiert. Sprecher von Bürgerinitiativen warfen Politikern vor, die großen Ängste in der Bevölkerung nicht wahrzunehmen. Dem hielt Jagau entgegen: „Wir nehmen die Ängste wahr und ernst.“ Der SPD-Fraktionsvorsitzende Bodo Messerschmidt verwies auf die Gesetzgeber in Berlin und in der Landesregierung. Für die Grünen meinte Ulrich Schmersow, dass die Initiativen Unterstützung aus der Regionspolitik hätten, aber die Möglichkeiten nicht besonders groß seien.

Wahrscheinlich war es kein Zufall, dass ausgerechnet gestern SPD und Grüne eine Resolution vorlegten, die sich gegen „Agrarfabriken“ wendet. Darin wer-

den die Landwirte in der Region aufgefordert, auf den Bau von Hähnchenmastställen und anderen „Industriellen Tierproduktionsstätten“ zu verzichten. Zumindest, so heißt es in dem Papier weiter, sollten die Landwirte die Mindestabstände freiwillig vergrößern, Filteranlagen einbauen und mit dem entstehenden „Mist“ verantwortungsvoll umgehen.

CDU-Fraktionschef Eberhard Wicke kritisierte die Resolution, die noch vor der Sommerpause von den Kommunalpolitikern diskutiert werden soll. „Es ist schön populistisch, eine Resolution hier zu verabschieden“, meinte er. Das nütze aber gar nichts, da die Gesetze in Berlin gemacht würden.

Wicke verwies außerdem darauf, dass landwirtschaftliche Betriebe Wirtschaftsbetriebe seien und sich daher am System von Angebot und Nachfrage orientierten.

Fenster schließen

Ausschnitt drucken